

Memorandum von Nicht-Regierungsorganisationen

zur deutschen Entschuldungspolitik gegenüber dem Süden

Präambel

Am Vorabend des Wirtschaftsgipfels in Tokio (Anfang Juli 1993) richten sich deutsche Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) mit diesem Memorandum an Bundesregierung und Bundestag. Wir setzen uns darin für eine neue Entschuldungspolitik gegenüber dem Süden ein.

Dieser Text versucht nicht, die Positionen der unterzeichnenden Organisationen zur Schuldenkrise vollständig wiederzugeben. Er nimmt auch nicht in Anspruch, ein umfassendes Gesamtkonzept zur Lösung der komplexen Probleme vorzustellen. Es kommt uns vielmehr darauf an, einen politischen Impuls aus aktuellem Anlaß zu liefern. Wir wollen auf diese Weise dazu beitragen, daß die Schulden-situation des Südens einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung der reichsten Nationen einnimmt.

Als wichtige Gläubiger- und Wirtschaftsnation hat Deutschland großen Einfluß auf die internationalen Finanzbeziehungen (zum Beispiel durch die eigenen Sitze in den Exekutivräten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF)). Zahlreiche ärmere Länder sind mit hohen Summen aus der Entwicklungshilfe, häufig aber in noch größerem Umfang aus deutschen Exporten (Hermes-Kredite), bei der Bundesregierung verschuldet. Auch im Bereich der kommerziellen Schulden der Länder des Südens gegenüber den deutschen Geschäftsbanken hat die Bundesregierung eine Mitverantwortung, da sie über die Setzung steuerlich-rechtlicher Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für durchzuführende Entschuldungsmaßnahmen treffen kann.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie sich in Tokio für weitreichende Schuldenerleichterungen zugunsten des Südens einsetzt. Für die hochverschuldeten ärmsten Länder sollte eine vollständige Schuldenstreichung angestrebt werden. Die anderen Länder sollten zumindest einen 50-prozentigen Erlaß erhalten. Falls kein Konsens auf dieser Grundlage in Tokio zu erzielen ist, fordern wir entsprechende Schritte von der Bundesregierung im Alleingang. Durch mutige bilaterale Entscheidungen könnte die deutsche Seite dann Bewegung in die festgefahrene internationale Schuldendiskussion bringen.

Die folgenden Forderungen richten sich zunächst unmittelbar an die Bundesregierung. Wir wollen damit aber auch die Verantwortung des Bundestages ansprechen, weil dieser unserer Meinung nach aktiver als bisher bei der Ausgestaltung der deutschen Entschuldungspolitik in Erscheinung treten sollte.

Für viele Länder des Südens hat die Schuldenkrise nichts an Aktualität verloren. Dringender Handlungsbedarf besteht vor allem bei den hochverschuldeten ärmsten Ländern - hauptsächlich in Sub-Sahara Afrika. Aber auch bei den hochverschuldeten Ländern mit mitt-

lerem Einkommen bedeutet die wirksame Entlastung eine zentrale Vorbedingung für sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklungsschritte.

Im Pariser Club, dem informellen Zusammenschluß der Gläubigerregierungen, hat es in jüngster Zeit einige Beschlüsse zur Schuldenerleichterung gegeben. Deren Wirkung ist bisher - auch nach Einschätzung der Weltbank - kaum zu spüren. Die ärmsten Länder erhalten derzeit Umschuldungsbedingungen ("erweiterte Toronto-Konditionen"), die eine 50-prozentige Streichung der Tilgungszahlungen für die Dauer des laufenden Anpassungsprogramms vorsehen. Die Einführung der schon 1990 vorgeschlagenen "Trinidad-Konditionen" (Erlaß von zwei Dritteln des gesamten Schuldenbestands) wird bisher von den USA blockiert. Allerdings hat der Pariser Club beschlossen, von 1994 an bei den ärmsten Ländern in diese Richtung aktiv zu werden. Die Umschuldungsbedingungen im Pariser Club werden beim Gipfel in Tokio aller Voraussicht nach auf der Tagesordnung stehen. Es ist aber zu befürchten, daß sich das Interesse der reichsten Länder auf andere Themen richtet.

I. Unsere Forderungen

Die Bundesregierung hat in letzter Zeit eine durchaus positive Rolle im Pariser Club gespielt. Sie hat sich für weiterführende Entlastungsschritte bei den ärmsten Ländern eingesetzt. Angesichts des US-amerikanischen Widerstands war Bonn aber bisher nicht bereit, alleine oder in Zusammenarbeit mit den EG-Ländern Schuldensstreichungen über den bestehenden multilateralen Konsens hinaus vorzunehmen. Trotz einiger positiver Schritte hat die Bundesregierung bisher keinen ausreichenden Beitrag für die Überwindung der Schuldenkrise erbracht. Erforderlich ist in unseren Augen die Gestaltung einer sehr viel weitergehenden Entschuldungspolitik, deren Eckpunkte wir im folgenden vorstellen wollen.

1953 wurde der jungen Bundesrepublik Deutschland ein großer Teil der Auslandsschulden im Rahmen einer internationalen Gesamtregelung erlassen (Londoner Schuldenabkommen). Nur auf dieser Grundlage ist das "deutsche Wirtschaftswunder" der Nachkriegszeit erklärbar.

40 Jahre später treten wir für eine ähnliche Entlastung der Schuldnerländer des Südens ein. Wir verkennen nicht, daß dafür öffentliche Mittel - zusätzlich zur Entwicklungshilfe - aufgebracht werden müssen. Dies wird keine einfache Aufgabe für die Bundesregierung sein - angesichts der enormen Belastung durch die deutsche Einheit und der Finanzierungsnotwendigkeiten in Osteuropa. Wir wollen durch unsere vielfältigen Aktivitäten dazu beitragen, daß die Forderung nach Schuldensstreichung für den Süden breiten gesellschaftlichen Rückhalt findet.

1) Kurzfristiger Handlungsbedarf

Wir fordern die Bundesregierung auf, beim Gipfel in Tokio dafür zu sorgen, daß Schuldenerleichterungen für die Länder des Südens ganz oben auf der Tagesordnung stehen und weitreichende Beschlüsse dazu gefaßt werden. Ziel der Tokioer Beschlüsse sollte - wie schon ausgeführt - die vollständige Entschuldung der hochverschuldeten ärmsten Länder sein. Für alle anderen Länder des Südens ist eine 50-

lerem Einkommen bedeutet die wirksame Entlastung eine zentrale Vorbedingung für sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklungsschritte.

Im Pariser Club, dem informellen Zusammenschluß der Gläubigerregierungen, hat es in jüngster Zeit einige Beschlüsse zur Schuldenerleichterung gegeben. Deren Wirkung ist bisher - auch nach Einschätzung der Weltbank - kaum zu spüren. Die ärmsten Länder erhalten derzeit Umschuldungsbedingungen ("erweiterte Toronto-Konditionen"), die eine 50-prozentige Streichung der Tilgungszahlungen für die Dauer des laufenden Anpassungsprogramms vorsehen. Die Einführung der schon 1990 vorgeschlagenen "Trinidad-Konditionen" (Erlaß von zwei Dritteln des gesamten Schuldenbestands) wird bisher von den USA blockiert. Allerdings hat der Pariser Club beschlossen, von 1994 an bei den ärmsten Ländern in diese Richtung aktiv zu werden. Die Umschuldungsbedingungen im Pariser Club werden beim Gipfel in Tokio aller Voraussicht nach auf der Tagesordnung stehen. Es ist aber zu befürchten, daß sich das Interesse der reichsten Länder auf andere Themen richtet.

I. Unsere Forderungen

Die Bundesregierung hat in letzter Zeit eine durchaus positive Rolle im Pariser Club gespielt. Sie hat sich für weiterführende Entlastungsschritte bei den ärmsten Ländern eingesetzt. Angesichts des US-amerikanischen Widerstands war Bonn aber bisher nicht bereit, alleine oder in Zusammenarbeit mit den EG-Ländern Schuldensreichungen über den bestehenden multilateralen Konsens hinaus vorzunehmen. Trotz einiger positiver Schritte hat die Bundesregierung bisher keinen ausreichenden Beitrag für die Überwindung der Schuldenkrise erbracht. Erforderlich ist in unseren Augen die Gestaltung einer sehr viel weitergehenden Entschuldungspolitik, deren Eckpunkte wir im folgenden vorstellen wollen.

1953 wurde der jungen Bundesrepublik Deutschland ein großer Teil der Auslandsschulden im Rahmen einer internationalen Gesamtregelung erlassen (Londoner Schuldenabkommen). Nur auf dieser Grundlage ist das "deutsche Wirtschaftswunder" der Nachkriegszeit erklärbar.

40 Jahre später treten wir für eine ähnliche Entlastung der Schuldnerländer des Südens ein. Wir verkennen nicht, daß dafür öffentliche Mittel - zusätzlich zur Entwicklungshilfe - aufgebracht werden müssen. Dies wird keine einfache Aufgabe für die Bundesregierung sein - angesichts der enormen Belastung durch die deutsche Einheit und der Finanzierungsnotwendigkeiten in Osteuropa. Wir wollen durch unsere vielfältigen Aktivitäten dazu beitragen, daß die Forderung nach Schuldensreichung für den Süden breiten gesellschaftlichen Rückhalt findet.

1) Kurzfristiger Handlungsbedarf

Wir fordern die Bundesregierung auf, beim Gipfel in Tokio dafür zu sorgen, daß Schuldenerleichterungen für die Länder des Südens ganz oben auf der Tagesordnung stehen und weitreichende Beschlüsse dazu gefaßt werden. Ziel der Tokioer Beschlüsse sollte - wie schon ausgeführt - die vollständige Entschuldung der hochverschuldeten ärmsten Länder sein. Für alle anderen Länder des Südens ist eine 50-

Memorandum von Nicht-Regierungsorganisationen zur deutschen Entschuldungspolitik gegenüber dem Süden

Präambel

Am Vorabend des Wirtschaftsgipfels in Tokio (Anfang Juli 1993) richten sich deutsche Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) mit diesem Memorandum an Bundesregierung und Bundestag. Wir setzen uns darin für eine neue Entschuldungspolitik gegenüber dem Süden ein.

Dieser Text versucht nicht, die Positionen der unterzeichnenden Organisationen zur Schuldenkrise vollständig wiederzugeben. Er nimmt auch nicht in Anspruch, ein umfassendes Gesamtkonzept zur Lösung der komplexen Probleme vorzustellen. Es kommt uns vielmehr darauf an, einen politischen Impuls aus aktuellem Anlaß zu liefern. Wir wollen auf diese Weise dazu beitragen, daß die Schuldensituation des Südens einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung der reichsten Nationen einnimmt.

Als wichtige Gläubiger- und Wirtschaftsnation hat Deutschland großen Einfluß auf die internationalen Finanzbeziehungen (zum Beispiel durch die eigenen Sitze in den Exekutivräten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF)). Zahlreiche ärmere Länder sind mit hohen Summen aus der Entwicklungshilfe, häufig aber in noch größerem Umfang aus deutschen Exporten (Hermes-Kredite), bei der Bundesregierung verschuldet. Auch im Bereich der kommerziellen Schulden der Länder des Südens gegenüber den deutschen Geschäftsbanken hat die Bundesregierung eine Mitverantwortung, da sie über die Setzung steuerlich-rechtlicher Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für durchzuführende Entschuldungsmaßnahmen treffen kann.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie sich in Tokio für weitreichende Schuldenerleichterungen zugunsten des Südens einsetzt. Für die hochverschuldeten ärmsten Länder sollte eine vollständige Schuldenstreichung angestrebt werden. Die anderen Länder sollten zumindest einen 50-prozentigen Erlaß erhalten. Falls kein Konsens auf dieser Grundlage in Tokio zu erzielen ist, fordern wir entsprechende Schritte von der Bundesregierung im Alleingang. Durch mutige bilaterale Entscheidungen könnte die deutsche Seite dann Bewegung in die festgefahrene internationale Schuldendiskussion bringen.

Die folgenden Forderungen richten sich zunächst unmittelbar an die Bundesregierung. Wir wollen damit aber auch die Verantwortung des Bundestages ansprechen, weil dieser unserer Meinung nach aktiver als bisher bei der Ausgestaltung der deutschen Entschuldungspolitik in Erscheinung treten sollte.

Für viele Länder des Südens hat die Schuldenkrise nichts an Aktualität verloren. Dringender Handlungsbedarf besteht vor allem bei den hochverschuldeten ärmsten Ländern - hauptsächlich in Sub-Sahara Afrika. Aber auch bei den hochverschuldeten Ländern mit mitt-

prozentige Streichung anzustreben - wie bei Polen und Ägypten im Pariser Club bereits 1991 geschehen.

Sollte eine Einigung in Tokio nicht zu erreichen sein, fordern wir die Bundesregierung auf, mit folgenden Entscheidungen unmittelbar nach dem Wirtschaftsgipfel die Schuldenlast des Südens wirksam zu vermindern:

- a) Vollständige Streichung der ausstehenden Entwicklungshilfe-Kredite (Finanzielle Zusammenarbeit) für alle Länder des Südens. Abweichend davon treten einige unterzeichnende NRO dafür ein, den ärmsten Ländern die Schulden aus Entwicklungshilfe-Krediten zu erlassen, den Schuldenerlaß für die hochverschuldeten Länder mit mittlerem Einkommen auf (zunächst) 50 Prozent zu begrenzen.
- b) Vollständige Schuldenstreichung für die ärmsten Länder bei den Hermes-Krediten und 50-prozentige Streichung für alle anderen Länder des Südens.
- c) Steuerliche Anerkennung der Wertberichtigungen bei Geschäftsbanken auf ihre Länderrisiken nur dann, wenn die entsprechenden Forderungen innerhalb von zwei Jahren tatsächlich erlassen werden. Die deutschen Banken sollten auf Zinsen für bereits wertberichtigte Forderungen verzichten.
- d) Streichung der Forderungen der früheren DDR gegenüber allen Ländern des Südens, damit sie nicht zu Verlierern der deutschen Einheit werden.
- e) Im Pariser Club und gegenüber dem Londoner Club der internationalen Geschäftsbanken sollte sich die Bundesregierung darum bemühen, Entschuldungsprinzipien gemäß den Punkten a) bis c) als Grundlage für verbindliche internationale Regelungen durchzusetzen.
- f) Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, daß Schuldenerleichterungen auch für IWF- und Weltbankkredite möglich werden - vor allem dann, wenn sie aus fehlgeschlagenen Projekten stammen. (Bisher gibt es keinerlei Umschuldung.) Zusätzlich soll Bonn Richtlinien für das Abstimmungsverhalten der deutschen Exekutivdirektoren in den multilateralen Entwicklungsbanken und im IWF erlassen, die sich an den Maßstäben einer sozial- und umweltverträglichen Entwicklung orientieren.

2) Langfristiger Handlungsbedarf

Neben den kurzfristig wirksamen Entschuldungsmaßnahmen soll sich die Bundesregierung in folgenden Bereichen engagieren, damit eine Wiederholung der Schuldenkrise für die Zukunft ausgeschlossen wird:

- a) Vergabe der deutschen Entwicklungshilfe in Zukunft ausschließlich als nicht-rückzahlbare Zuschüsse. Abweichend davon schlagen einige unterzeichnende NRO vor, den Anteil nicht-rückzahlbarer Zuschüsse bei der Vergabe deutscher Entwicklungshilfe für Maßnahmen und Programme der Armutsbekämpfung, des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur sowie der Förderung von Demokratie und Menschenrechte auch in Nicht-LDCs deutlich zu steigern. Ähnliche

Prinzipien sollten auch für alle Bereiche der EG-Entwicklungshilfe gelten.

b) Einführung ökologischer und entwicklungspolitischer Prüfverfahren bei Hermes-Bürgschaften und Beteiligung von NROs am Entscheidungsprozeß.

c) Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts, das Schutzrechte für die Schuldnerländer festschreibt. Steuerung der internationalen Geschäftsbanken nach ökologischen und sozialen Kriterien durch einen internationalen Bankenkodex. Bekämpfung der Kapitalflucht.

d) Schaffung sozial- und umweltverträglicher weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen unter anderem durch einen internationalen Kodex für transnationale Unternehmen, umweltverträgliche und sozial gerechte Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank, Demokratisierung der internationalen Institutionen, Transparenz und Mitwirkungsrechte für NROs vor allem aus den betroffenen Ländern.

e) Strukturanpassung im Norden durch tiefgreifende Veränderungen in Produktion und Verbrauch nach den Grundlinien eines global gültigen Modells nachhaltiger Entwicklung.

II. Begründung unserer Forderungen:

1) Schuldenlast für viele Länder des Südens weiterhin untragbar. Für viele Regierungen im Norden und für die internationalen Geschäftsbanken ist der Fall klar: Die Schuldenkrise ist vorüber. Richtig ist an dieser Behauptung, daß die Auslandsverschuldung des Südens keine Bedrohung mehr für das internationale Finanzsystem oder für einzelne Banken darstellt. Aus der Sicht der überschuldeten Länder sind die Probleme aber keineswegs verschwunden.

Der Internationale Währungsfonds schätzt, daß die Länder des Südens 1992 insgesamt 170 Milliarden US Dollar für Zins und Tilgung ans Ausland überwiesen haben. 1992 wurden nach IWF-Angaben 31 Prozent der afrikanischen und 35 Prozent der lateinamerikanischen Exporterlöse durch den Schuldendienst aufgeessen. Für Lateinamerika soll dieser Wert im Jahr 1993 sogar auf 38 Prozent steigen. Viele der ärmsten Länder, vor allem in Afrika, werden durch ihre Schuldenverpflichtungen in untragbarer Weise belastet.

Selbst bei den wenigen Ländern, die eine gewisse Entspannung in ihren außenwirtschaftlichen Bilanzen registrieren, hat der harte Stabilisierungskurs häufig die interne wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage verschlechtert.

Über unsere Partnerorganisationen und die sozialen Bewegungen in den Schuldnerländern wissen wir von den negativen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgewirkungen des internationalen Schuldenmanagements. Nach Angaben des IWF mußten die afrikanischen Länder 1992 durchschnittlich 60 Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Bedienung der Auslandsschulden einsetzen. Für Lateinamerika wird dieser Wert 1993 voraussichtlich auf 64 Prozent steigen, nachdem er 1992 "nur" 55 Prozent betrug.

Prinzipien sollten auch für alle Bereiche der EG-Entwicklungshilfe gelten.

b) Einführung ökologischer und entwicklungspolitischer Prüfverfahren bei Hermes-Bürgschaften und Beteiligung von NROs am Entscheidungsprozeß.

c) Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts, das Schutzrechte für die Schuldnerländer festschreibt. Steuerung der internationalen Geschäftsbanken nach ökologischen und sozialen Kriterien durch einen internationalen Bankenkodex. Bekämpfung der Kapitalflucht.

d) Schaffung sozial- und umweltverträglicher weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen unter anderem durch einen internationalen Kodex für transnationale Unternehmen, umweltverträgliche und sozial gerechte Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank, Demokratisierung der internationalen Institutionen, Transparenz und Mitwirkungsrechte für NROs vor allem aus den betroffenen Ländern.

e) Strukturanpassung im Norden durch tiefgreifende Veränderungen in Produktion und Verbrauch nach den Grundlinien eines global gültigen Modells nachhaltiger Entwicklung.

II. Begründung unserer Forderungen:

1) Schuldenlast für viele Länder des Südens weiterhin untragbar. Für viele Regierungen im Norden und für die internationalen Geschäftsbanken ist der Fall klar: Die Schuldenkrise ist vorüber. Richtig ist an dieser Behauptung, daß die Auslandsverschuldung des Südens keine Bedrohung mehr für das internationale Finanzsystem oder für einzelne Banken darstellt. Aus der Sicht der überschuldeten Länder sind die Probleme aber keineswegs verschwunden.

Der Internationale Währungsfonds schätzt, daß die Länder des Südens 1992 insgesamt 170 Milliarden US Dollar für Zins und Tilgung ans Ausland überwiesen haben. 1992 wurden nach IWF-Angaben 31 Prozent der afrikanischen und 35 Prozent der lateinamerikanischen Exporterlöse durch den Schuldendienst aufgeessen. Für Lateinamerika soll dieser Wert im Jahr 1993 sogar auf 38 Prozent steigen. Viele der ärmsten Länder, vor allem in Afrika, werden durch ihre Schuldenverpflichtungen in untragbarer Weise belastet.

Selbst bei den wenigen Ländern, die eine gewisse Entspannung in ihren außenwirtschaftlichen Bilanzen registrieren, hat der harte Stabilisierungskurs häufig die interne wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage verschlechtert.

Über unsere Partnerorganisationen und die sozialen Bewegungen in den Schuldnerländern wissen wir von den negativen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgewirkungen des internationalen Schuldenmanagements. Nach Angaben des IWF mußten die afrikanischen Länder 1992 durchschnittlich 60 Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Bedienung der Auslandsschulden einsetzen. Für Lateinamerika wird dieser Wert 1993 voraussichtlich auf 64 Prozent steigen, nachdem er 1992 "nur" 55 Prozent betrug.

prozentige Streichung anzustreben - wie bei Polen und Ägypten im Pariser Club bereits 1991 geschehen.

Sollte eine Einigung in Tokio nicht zu erreichen sein, fordern wir die Bundesregierung auf, mit folgenden Entscheidungen unmittelbar nach dem Wirtschaftsgipfel die Schuldenlast des Südens wirksam zu vermindern:

- a) Vollständige Streichung der ausstehenden Entwicklungshilfe-Kredite (Finanzielle Zusammenarbeit) für alle Länder des Südens. Abweichend davon treten einige unterzeichnende NRO dafür ein, den ärmsten Ländern die Schulden aus Entwicklungshilfe-Krediten zu erlassen, den Schuldenerlaß für die hochverschuldeten Länder mit mittlerem Einkommen auf (zunächst) 50 Prozent zu begrenzen.
- b) Vollständige Schuldenstreichung für die ärmsten Länder bei den Hermes-Krediten und 50-prozentige Streichung für alle anderen Länder des Südens.
- c) Steuerliche Anerkennung der Wertberichtigungen bei Geschäftsbanken auf ihre Länderrisiken nur dann, wenn die entsprechenden Forderungen innerhalb von zwei Jahren tatsächlich erlassen werden. Die deutschen Banken sollten auf Zinsen für bereits wertberichtigte Forderungen verzichten.
- d) Streichung der Forderungen der früheren DDR gegenüber allen Ländern des Südens, damit sie nicht zu Verlierern der deutschen Einheit werden.
- e) Im Pariser Club und gegenüber dem Londoner Club der internationalen Geschäftsbanken sollte sich die Bundesregierung darum bemühen, Entschuldungsprinzipien gemäß den Punkten a) bis c) als Grundlage für verbindliche internationale Regelungen durchzusetzen.
- f) Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, daß Schuldenerleichterungen auch für IWF- und Weltbankkredite möglich werden - vor allem dann, wenn sie aus fehlgeschlagenen Projekten stammen. (Bisher gibt es keinerlei Umschuldung.) Zusätzlich soll Bonn Richtlinien für das Abstimmungsverhalten der deutschen Exekutivdirektoren in den multilateralen Entwicklungsbanken und im IWF erlassen, die sich an den Maßstäben einer sozial- und umweltverträglichen Entwicklung orientieren.

2) Langfristiger Handlungsbedarf

Neben den kurzfristig wirksamen Entschuldungsmaßnahmen soll sich die Bundesregierung in folgenden Bereichen engagieren, damit eine Wiederholung der Schuldenkrise für die Zukunft ausgeschlossen wird:

- a) Vergabe der deutschen Entwicklungshilfe in Zukunft ausschließlich als nicht-rückzahlbare Zuschüsse. Abweichend davon schlagen einige unterzeichnende NRO vor, den Anteil nicht-rückzahlbarer Zuschüsse bei der Vergabe deutscher Entwicklungshilfe für Maßnahmen und Programme der Armutsbekämpfung, des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur sowie der Förderung von Demokratie und Menschenrechte auch in Nicht-LDCs deutlich zu steigern. Ähnliche

Auch in ökologischer Hinsicht wirkt sich die Schuldenkrise negativ aus. Der Druck, Devisen für den Schuldendienst zu verdienen, beschleunigt die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und führt oft zur Vernachlässigung von Umweltschutzmaßnahmen - vor allem dann, wenn es um die gewünschte Ansiedlung von Auslandsfirmen geht.

Die Schuldenkrise hat die Abhängigkeit der Länder des Südens von den Bretton-Woods-Institutionen spürbar vergrößert. Die Durchführung der von IWF und Weltbank vorgegebenen Stabilisierungspolitik ist Voraussetzung für Schuldenerleichterungen und neue Kapitalzuflüsse. In sozialer und ökologischer Hinsicht erhöhen die Strukturanpassungsprogramme den Problemdruck eher, als zu einer Linderung beizutragen. In erster Linie sind es Frauen und die schwächsten Gruppen der Gesellschaft (Kinder und Alte), die mit den sozialen Konsequenzen konfrontiert werden und den weitaus größten Teil der Anpassungslasten zu tragen haben. Auch Demokratisierungsbemühungen können durch sozial ungerechte und von außen aufgezwungene Anpassungsprogramme untergraben werden.

2) **Schuldenkrise hat negative Effekte für den Norden**
Es liegt im unmittelbaren Eigeninteresse des Nordens, die Schuldenkrise rasch zu lösen. Auch wenn die Wirkungszusammenhänge selten eindeutig nachzuweisen sind, wirkt sich die Schuldenkrise in vielfacher Weise negativ auf den Norden aus (Bumerang-Effekt). Die Plünderung der natürlichen Ressourcen zur Steigerung der Devisenerlöse verschärft die globalen Umweltgefahren. Sinkende Nachfrage aus den Schuldnerländern zieht steigende Arbeitslosigkeit in den Industrieländern nach sich. Massenhafte Verelendung im Süden begünstigt die gewaltsame Austragung von Konflikten und verstärkt so Wanderungsbewegungen. Die Steigerung des Drogenangebots kann Folge wirtschaftlicher Zerrüttung und sinkender Erlöse für andere Produkte auf dem Weltmarkt sein - eine Entwicklung, für die Überschuldung und exportorientierte Strukturanpassungsprogramme mitverantwortlich sind.

Schon heute werden die öffentlichen Haushalte im Norden durch die Folgekosten der Schuldenkrise in Mitleidenschaft gezogen, ohne daß dadurch die Lebensbedingungen in den Schuldnerländern verbessert würden (zum Beispiel durch Steuerstundung für Wertberichtigungen der Banken und Schadensfälle bei Hermes-Bürgschaften). Die Kosten für eine Lösung des Problems - auch in den Gläubigerländern - werden durch Anwachsen des Schuldenbergs umso höher ausfallen, je länger die erforderlichen Schritte hinausgezögert werden.

3) **Komplexes Ursachenbündel**

Die Überschuldung im Süden ist das Ergebnis eines komplexen Ursachenbündels aus inneren und äußeren Faktoren. Die Politik der Regierungen im Norden und der internationalen Geschäftsbanken trägt ein großes Maß an Mitverantwortung. Leichtfertige Kreditvergabe durch Geschäftsbanken in den 70er Jahren, abrupter Kreditstopp für den Süden Anfang der 80er Jahre, massive Zinssprünge aufgrund der Anti-Inflationspolitik der Industrieländer Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre - das sind einige der zentralen Ursachen für die Schuldenkrise, für die die Länder des Südens keine Verantwortung tragen.

Darüber hinaus führt die nördliche Dominanz in der Weltwirtschaft zu einer ständigen Benachteiligung der schwächeren Länder. Nach einer Berechnung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

(UNDP) gehen den Ländern des Südens jährlich etwa 500 Milliarden US Dollar verloren, weil sie den reichen Ländern auf den Handels-, Finanz- und Arbeitsmärkten vollkommen unterlegen sind. Dies ist zehnmal mehr als die gesamte jährliche Entwicklungshilfe von rund 55 Milliarden Dollar. Fazit: Die Schuldenkrise ist aus unserer Sicht zumindest teilweise ein Ergebnis der ungerechten weltwirtschaftlichen Situation. Die Industrieländer können sich ihrer Mitverantwortung im Blick auf Entstehung und Überwindung der Krise nicht entziehen.

Wir sind uns bewußt, daß interne Faktoren wie unterdrückerische Regierungssysteme, verfehlte Entwicklungsstrategien sowie Korruption und Selbstbereicherung von Führungsschichten in Politik und Wirtschaft zur Schuldenkrise beigetragen haben und demokratische Entwicklungsansätze blockieren. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß diese Gruppierungen häufig von den westlichen Ländern unterstützt und an der Macht gehalten wurden. Das Ende des Ost-West-Konflikts könnte hier eine positive Auswirkung haben.

4) Schulden des Nordens

Die finanziellen Schulden des Südens sind klein im Vergleich mit den ökologischen und historischen Schulden des Nordens. Der umweltzerstörerische Lebensstil bei uns hat die natürlichen Lebensbedingungen weltweit verschlechtert. Über 500 Jahre Kolonialismus und Neokolonialismus haben eine enorme Reichtumsübertragung von Süd nach Nord bedeutet. Die von uns vertretene Schuldenstreichung kann deshalb nur als ein kleiner Teil der gebotenen Kompensationsleistungen an die Völker des Südens verstanden werden.

III. Konditionierung des Schuldenerlasses

Hinsichtlich der Verknüpfung von politischen Auflagen mit der Schuldenstreichung gibt es unterschiedliche Sichtweisen zwischen uns, den deutschen NROs, aber auch zwischen Organisationen im Süden. Die einen verweisen auf die Mitverantwortung des Nordens und die Illegitimität eines großen Teils der Auslandsschulden und treten deshalb für einen bedingungslosen Erlaß ein. Von anderer Seite werden die internen Faktoren der Auslandsverschuldung und die entwicklungspolitischen Chancen bei einem konditionierten Entschuldungsprogramm in den Mittelpunkt gerückt.

Einig sind wir uns in dem Ziel, daß die Schuldenstreichung unmittelbar den Armen und der Natur in den Schuldnerländern zugute kommen soll. Die Schuldenumwandlung ("debt swaps") und Gegenwertfonds (teilweise Einzahlung der Zinsen und Tilgungen in einheimischer Währung) können in bestimmten Einzelfällen entwicklungspolitisch sinnvolle Ansätze und demokratische Prozesse befördern, wenn diese Maßnahmen von Basisbewegungen und NROs im Süden unterstützt werden. Wie die erfolgreiche Schweizer NRO-Initiative gezeigt hat, kann die Forderung nach Gegenwertfonds ein wichtiges Element in einer umfassenden Entschuldungskampagne sein, auch wenn von diesem Instrument eine grundsätzliche Lösung der Schuldenkrise nicht erwartet werden darf.

(UNDP) gehen den Ländern des Südens jährlich etwa 500 Milliarden US Dollar verloren, weil sie den reichen Ländern auf den Handels-, Finanz- und Arbeitsmärkten vollkommen unterlegen sind. Dies ist zehnmal mehr als die gesamte jährliche Entwicklungshilfe von rund 55 Milliarden Dollar. Fazit: Die Schuldenkrise ist aus unserer Sicht zumindest teilweise ein Ergebnis der ungerechten weltwirtschaftlichen Situation. Die Industrieländer können sich ihrer Mitverantwortung im Blick auf Entstehung und Überwindung der Krise nicht entziehen.

Wir sind uns bewußt, daß interne Faktoren wie unterdrückerische Regierungssysteme, verfehlte Entwicklungsstrategien sowie Korruption und Selbstbereicherung von Führungsschichten in Politik und Wirtschaft zur Schuldenkrise beigetragen haben und demokratische Entwicklungsansätze blockieren. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß diese Gruppierungen häufig von den westlichen Ländern unterstützt und an der Macht gehalten wurden. Das Ende des Ost-West-Konflikts könnte hier eine positive Auswirkung haben.

4) Schulden des Nordens

Die finanziellen Schulden des Südens sind klein im Vergleich mit den ökologischen und historischen Schulden des Nordens. Der umweltzerstörerische Lebensstil bei uns hat die natürlichen Lebensbedingungen weltweit verschlechtert. Über 500 Jahre Kolonialismus und Neokolonialismus haben eine enorme Reichtumsübertragung von Süd nach Nord bedeutet. Die von uns vertretene Schuldenstreichung kann deshalb nur als ein kleiner Teil der gebotenen Kompensationsleistungen an die Völker des Südens verstanden werden.

III. Konditionierung des Schuldenerlasses

Hinsichtlich der Verknüpfung von politischen Auflagen mit der Schuldenstreichung gibt es unterschiedliche Sichtweisen zwischen uns, den deutschen NROs, aber auch zwischen Organisationen im Süden. Die einen verweisen auf die Mitverantwortung des Nordens und die Illegitimität eines großen Teils der Auslandsschulden und treten deshalb für einen bedingungslosen Erlaß ein. Von anderer Seite werden die internen Faktoren der Auslandsverschuldung und die entwicklungspolitischen Chancen bei einem konditionierten Entschuldungsprogramm in den Mittelpunkt gerückt.

Einig sind wir uns in dem Ziel, daß die Schuldenstreichung unmittelbar den Armen und der Natur in den Schuldnerländern zugute kommen soll. Die Schuldenumwandlung ("debt swaps") und Gegenwertfonds (teilweise Einzahlung der Zinsen und Tilgungen in einheimischer Währung) können in bestimmten Einzelfällen entwicklungspolitisch sinnvolle Ansätze und demokratische Prozesse befördern, wenn diese Maßnahmen von Basisbewegungen und NROs im Süden unterstützt werden. Wie die erfolgreiche Schweizer NRO-Initiative gezeigt hat, kann die Forderung nach Gegenwertfonds ein wichtiges Element in einer umfassenden Entschuldungskampagne sein, auch wenn von diesem Instrument eine grundsätzliche Lösung der Schuldenkrise nicht erwartet werden darf.

Auch in ökologischer Hinsicht wirkt sich die Schuldenkrise negativ aus. Der Druck, Devisen für den Schuldendienst zu verdienen, beschleunigt die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und führt oft zur Vernachlässigung von Umweltschutzmaßnahmen - vor allem dann, wenn es um die gewünschte Ansiedlung von Auslandsfirmen geht.

Die Schuldenkrise hat die Abhängigkeit der Länder des Südens von den Bretton-Woods-Institutionen spürbar vergrößert. Die Durchführung der von IWF und Weltbank vorgegebenen Stabilisierungspolitik ist Voraussetzung für Schuldenerleichterungen und neue Kapitalzuflüsse. In sozialer und ökologischer Hinsicht erhöhen die Strukturanpassungsprogramme den Problemdruck eher, als zu einer Linderung beizutragen. In erster Linie sind es Frauen und die schwächsten Gruppen der Gesellschaft (Kinder und Alte), die mit den sozialen Konsequenzen konfrontiert werden und den weitaus größten Teil der Anpassungslasten zu tragen haben. Auch Demokratisierungsbemühungen können durch sozial ungerechte und von außen aufgezwungene Anpassungsprogramme untergraben werden.

2) **Schuldenkrise hat negative Effekte für den Norden**
Es liegt im unmittelbaren Eigeninteresse des Nordens, die Schuldenkrise rasch zu lösen. Auch wenn die Wirkungszusammenhänge selten eindeutig nachzuweisen sind, wirkt sich die Schuldenkrise in vielfacher Weise negativ auf den Norden aus (Bumerang-Effekt). Die Plünderung der natürlichen Ressourcen zur Steigerung der Devisenerlöse verschärft die globalen Umweltgefahren. Sinkende Nachfrage aus den Schuldnerländern zieht steigende Arbeitslosigkeit in den Industrieländern nach sich. Massenhafte Verelendung im Süden begünstigt die gewaltsame Austragung von Konflikten und verstärkt so Wanderungsbewegungen. Die Steigerung des Drogenangebots kann Folge wirtschaftlicher Zerrüttung und sinkender Erlöse für andere Produkte auf dem Weltmarkt sein - eine Entwicklung, für die Überschuldung und exportorientierte Strukturanpassungsprogramme mitverantwortlich sind.

Schon heute werden die öffentlichen Haushalte im Norden durch die Folgekosten der Schuldenkrise in Mitleidenschaft gezogen, ohne daß dadurch die Lebensbedingungen in den Schuldnerländern verbessert würden (zum Beispiel durch Steuerstundung für Wertberichtigungen der Banken und Schadensfälle bei Hermes-Bürgschaften). Die Kosten für eine Lösung des Problems - auch in den Gläubigerländern - werden durch Anwachsen des Schuldenbergs umso höher ausfallen, je länger die erforderlichen Schritte hinausgezögert werden.

3) **Komplexes Ursachenbündel**

Die Überschuldung im Süden ist das Ergebnis eines komplexen Ursachenbündels aus inneren und äußeren Faktoren. Die Politik der Regierungen im Norden und der internationalen Geschäftsbanken trägt ein großes Maß an Mitverantwortung. Leichtfertige Kreditvergabe durch Geschäftsbanken in den 70er Jahren, abrupter Kreditstopp für den Süden Anfang der 80er Jahre, massive Zinssprünge aufgrund der Anti-Inflationspolitik der Industrieländer Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre - das sind einige der zentralen Ursachen für die Schuldenkrise, für die die Länder des Südens keine Verantwortung tragen.

Darüber hinaus führt die nördliche Dominanz in der Weltwirtschaft zu einer ständigen Benachteiligung der schwächeren Länder. Nach einer Berechnung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

IV. Lösung für die Schuldenkrise Osteuropas

Die meisten Länder Mittel- und Osteuropas sowie die GUS-Staaten kämpfen mit ähnlichen Schuldenproblemen wie viele Länder des Südens. Die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Umstellungserfordernisse können nur dann mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden, wenn die ausländischen Gläubiger auch hier umfassende Schuldenerleichterungen gewähren. Im Pariser Club hat diese Einsicht zu einem 50-prozentigen Erlaß für Polen geführt. Wir setzen uns dafür ein, daß auch die Schuldenproblematik osteuropäischer Staaten im Rahmen internationaler Vereinbarungen gelöst wird.

V. Änderung der weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Anpassung im Norden

Wir wissen, daß eine isolierte Schuldenstreichung wenig bewirkt. Wir setzen uns deshalb für eine umfassende Neuordnung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, mit der die Überlebensinteressen der Menschen und der Natur im Süden gewahrt werden. Dazu zählen unter anderem: Verbesserung der internationalen Austauschverhältnisse ("terms of trade"), Verzicht auf Abschottungspolitik und Exportdumping von Agrarüberschüssen, Verpflichtung der international tätigen Unternehmen auf eine sozial- und umweltverträgliche Geschäftspolitik, Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank sowie Verzicht auf Rüstungsexport als einer bisher bedeutenden, für die Empfängerländer aber schädlichen Form des internationalen Handels.

Das auf der Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio (UNCED 92) diskutierte Modell der nachhaltigen Entwicklung muß auch im Norden umgesetzt werden. Das erfordert eine Neuorientierung unserer Produktions- und Lebensweisen mit dem Ziel, allen Menschen in der Welt vergleichbare Lebenschancen zu sichern, die ökologisch verantwortlich sind. Auch die deutsche Außenwirtschaftspolitik muß nach entwicklungspolitischen und ökologischen Kriterien überarbeitet werden. Die Durchsetzung einer umfassenden Entschuldungspolitik bei Bundesregierung, Bundestag und Banken ist für uns deshalb nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer solidarischen und ökologischen Weltwirtschaftsordnung.

Bonn, den 24. Juni 1993

